

# Lange Gesichter bei Sozialpolitikern der SPD

Ohne das „Babyjahr“ bleibt von Rentenreform nur ein Rumpfkonzert – Schmidt und Matthöfer stoppten das Projekt

VON KORRESPONDENT  
KLAUS LANTERMANN  
Bonn. Von der Rentenreform 1984, die der Regierungskoalition im Jahr der nächsten Bundestagswahl neuen reformpolitischen Auftrieb geben sollte, bleibt nur ein Rumpfkonzert. Bereits vor knapp zwei Wochen hatten die Spitzenpolitiker von SPD und FDP in aller Stille den in der Regierungserklärung vom 24. November 1980 angekündigten Plan begraben, ab 1985 den etwa acht Millionen erwerbstätigen Müttern pro Kind ein beitragsfreies Jahr in der Rentenversicherung anzurechnen. Besonders unter den Sozialpolitikern im Arbeitsministerium und in den Koalitionsfraktionen ist die Verärgerung über diese angeblich vom

Kanzler selbst getroffene Entscheidung groß. „Damit ist das einzige uns noch verbliebene Reformvorhaben durch eine einsame Entscheidung kaputt gemacht worden“, murrte einer der SPD-„Sopos“, die jetzt nach einer billigeren Alternativlösung Ausschau halten.

Als Arbeitsminister Herbert Ehrenberg vor knapp zwei Wochen in einem Koalitionsgespräch bekennen mußte, das das „Babyjahr“ mit rund sechs Milliarden DM im Jahr für den Bund fast doppelt so teuer werden würde als bisher geschätzt, stoppte der Bundeskanzler das Projekt kurzentschieden.

Unterstützt wurde er dabei von Finanzminister Hans Matthöfer (SPD),

der schon seit langer Zeit dagegen ist, „weitere Wohltaten“ aus der Bundeskasse zu finanzieren. Angesichts der Kürzungen in anderen Bereichen der Sozialpolitik und der gestiegenen Kosten sei das Babyjahr nicht mehr zu verantworten.

Matthöfer hatte mit seinem Widerstand gegen die Pläne der Sozialpolitiker bereits vor einem Jahr dafür gesorgt, daß SPD-Fraktionschef Herbert Wehner den Vorsitz der zuständigen SPD-Kommission veräußert niederlegte. Wehners Nachfolgerin als Vorsitzende der Sozialpolitischen Kommission, Anke Fuchs, hatte nun ebenso wenig Glück. Erfolglos setzte sie sich für die Übernahme der Kosten des Kindererziehungsjahrs durch Matthöfer ein. Ihr

und den anderen Fachleuten ist klar, daß der Rentenversicherung angesichts ihrer bis 1988 deutlich schrumpfenden Rücklagen eine weitere Belastung nicht zugemutet werden kann.

„Wenn der Bund die Kosten für das Kindererziehungsjahr nicht übernimmt, ist dieses Projekt gestorben“, heißt es denn auch unisono bei den Bonner Sozialpolitikern. Sie denken nun über billigere Lösungen nach. So wird nicht mehr ausgeschlossen, daß nur noch die Frauen, die ab 1985 ein Kind zur Welt bringen, in den Genuß einer zusätzlichen Rente von 20 bis 30 DM im Monat kommen, was erst um die Jahrtausendwende zu höheren Kosten führen würde.

„Münstersche Zeitung“ 23. 2. 1982

11. März 1982

SPD-Ortsverein Hiltrup

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI  
DEUTSCHLANDS

SPD Hiltrup Marktallee 75 4400 Münster



DER VORSITZENDE

SPD-Ortsverein Hiltrup

Marktallee 75

Telefon: 02501/4291

4400 Münster-Hiltrup

9. März 1982

A n t r a g:

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Betr.: "Babyjahr" in der Rentenversicherung

Die SPD-Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die (nach Presseberichten) vorliegenden Pläne wieder fallenzulassen, die zur Aufgabe des von den Sozialdemokraten entwickelten Konzepts des sogenannten Babyjahres in der Altersversorgung führen würden.

Die Übernahme des CDU/CSU-Konzeptes, nämlich eine Anrechnung des Anspruches auf Anerkennung der Kindererziehung in der Rentenversicherung ausschließlich für Frauen vorzusehen, die ab 1985 Kinder zur Welt bringen, ist wegen der eindeutigen Diskriminierung der Frauen, die unter bedeutend schwierigeren Bedingungen Kinder geboren und erzogen haben (Kriegszeit, kein Kindergeld, kein Wohngeld, kein Mutterschaftsurlaub u. s. w.) abzulehnen. Abgesehen davon, daß eine solche Regelung gegen den Gleichheitsgrundsatz und damit gegen die Verfassung verstoßen würde, kann ein solches "Mehrklassen-Mütterrecht" von Sozialdemokraten nicht akzeptiert werden.

Wir sind im Bundestagswahlkampf nicht vehement auch für diesen Teil des vom Bundesparteitag am 9. 6. 1980 beschlossenen "Programms zur zukunftsgerechten Weiterentwicklung der Alterssicherung" eingetreten, um es jetzt hinzunehmen, daß diese Grundlagenentscheidung einfach fallengelassen wird.

Der SPD-Ortsverein Hiltrup erwartet den uneingeschränkten Einsatz aller Sozialdemokraten für die Verwirklichung des Programms zur Alterssicherung in dem dort selbst vorgegebenen Zeitrahmen (Rentenreform '84).

*Theodor Dopheide*  
(Theodor Dopheide)

1. Beschlossen in der Mitgliederversammlung am 9. März 1982

2. An Bundesvorstand der SPD  
5300 Bonn

mit der Bitte, die beigegeführten Überdrucke an die Mitglieder der Regierung und die Fraktion weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

*Theodor Dopheide*  
(Theodor Dopheide)

Vorsitzender

nachrichtlich:

SPD-Landesvorstand NW

SPD-Landtagsfraktion NW

SPD-Bezirk Westl. Westfalen

SPD-Unterbezirk Münster

Helmuth Becker, MdB

Wolf-M. Catenhusen, MdB

Heid Feldhaus, MdB